



Antifaschistische Bochumer Blätter

Nr. 2/2016

Information der VVN - Bund der AntifaschistInnen

„70 Jahre VVN in Bochum“

Eine Straße soll den Namen von Christine Schröder tragen

In diesem Jahr wurde die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 70 Jahre alt. Das Ereignis war Anlass zu der Jubiläumsveranstaltung „70 Jahre VVN in Bochum“, die am 24. September im Bochumer ver.di-Gewerkschaftshaus stattfand.

In seiner Eröffnungsrede sagte der Vorsitzende der VVN - BdA Bochum, Günter Gleising: „An 70 Jahren kontinuierlicher Arbeit der VVN und der VVN - BdA in Bochum haben viele mitgewirkt. Dieses Wirken mit und für die Menschen in der Stadt sollte aus unserer Sicht auch eine öffentliche Würdigung erhalten. Wir schlagen daher vor, eine

Straße nach Christine Schröder zu benennen. Die Widerstandskämpferin Christine Schröder war langjährige Vorsitzende der Bochumer VVN. Im Bereich der Sozialpolitik vertrat sie viele Jahre die Interessen der Verfolgten des Naziregimes. 1978 erhielt sie die Ehrenmedaille des Deutschen Widerstandes.“

Fortsetzung auf Seite 2

Vor 80 Jahren: „No Pasaran Internationaler antifaschistischer Kampf in Spanien

In diesem Jahr erinnert die demokratische Weltöffentlichkeit an den Putsch der reaktionären Generäle, der vor 80 Jahren stattfand und knapp drei Jahre später mit der Vernichtung der 2. Spanischen Republik endete.

Fortsetzung auf Seite 6

Überfälliger Gesetzentwurf Entschädigung für verfolgte Homosexuelle

Eine längst überfällige Rehabilitierung der bislang als vorbestraft geltenden Betroffenen ist kürzlich von der Regierung in Berlin beschlossen worden.

Die Urteile in den sog. Paragraph 175-Prozessen sollen für ungültig erklärt werden. Der Gesetzentwurf des Justizministers soll einen Individualanspruch vorsehen, der „relativ unkompliziert“ geltend gemacht werden könne. In der BRD wurde der Paragraph 175 erst 1994 endgültig abgeschafft. In der DDR war Homosexualität seit den 50er Jahren nicht mehr strafrechtlich verfolgt worden.

(sing)

Demo gegen NATO-Kriegsplanung



Anfang Oktober demonstrierten über 1.000 Menschen im niederrheinischen Kalkar (Bild oben) und der Ruhrmetropole Essen gegen die aktuellen Kriegsplanungen der Bundeswehr und der NATO.

Aufgerufen zu den Aktionen hatten der Ostermarsch Rhein-Ruhr und weitere Friedensinitiativen. Die VVN - BdA nahm mit zahlreichen Mitgliedern ebenso teil wie kirchliche und sozialistische Gruppen. Der Protest vor

der Luftwaffen-Kommandozone richtete sich gegen Einrichtungen der Bundeswehr und der Nato in Kalkar und Uedem. Dort wird die militärische Infrastruktur für den Hightech-Krieg ausgebaut. Von dort aus werden sowohl die Tornado-Einsätze über Syrien als auch die Eurofighter-Flüge an der russischen Grenze koordiniert. In Essen richtete sich der Protest gegen die NATO-Tagung am 4. Oktober in der Essener Messe.

Die Erstellung, der Druck und Versand der ABB kosten Geld. Dieser Ausgabe ist ein Überweisungsträger beigelegt mit dem wir um Spenden für die Bochumer VVN - BdA bitten. Die Spende ist steuerlich absetzbar.

Fortsetzung von Seite 1

Jubiläumsveranstaltung: „70 Jahre VVN in Bochum“

Eine positive antifaschistische Vision schaffen – OB dankt für engagiertes Wirken

Mit einem historischen Abriss zur Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der VVN leitete Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN - BdA und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) die Veranstaltung ein. In seiner Grundsatzrede forderte er eine breite Mobilisierung gegen Pegida, NPD, ProNRW oder AFD. „Erschreckend ist die Zunahme rechtspopulistischer und offen faschistischer Kräfte in fast allen europäischen Ländern. Sie sitzen nicht nur im Europäischen Parlament, nein, sie sind zum Teil in den Regierungen oder mit großem Einfluss in den nationalen Parlamenten. Euer Handeln gegen Pegida oder AfD vor Ort hilft damit auch, das politische Klima in Europa im antifaschistischen Sinne zu beeinflussen“, so Schneider.

Mit ihren kulturellen Beiträgen begeisterten der Chor Chorroson, das Jugend-Klezmer-Ensemble „Freylekhs“ und die Rezitationen des Bochumer Schauspielers Manfred Böll. Michael Niggemann las aus der Fluchtgeschichte von Muhannad aus Syrien.

An der Jubiläumsveranstaltung nahmen Gäste der Linken, der SPD, der DKP, der Grünen, der Sozialen Liste, der Gewerkschaften, dem Frauenverband Courage, des Bündnisses 'Bochum gegen Rechts', der DIDF und des Kulturzentrums Bahnhof Langendeer teil. Eine größere Anzahl an Grußschreiben traf bei der VVN - BdA ein.

Oberbürgermeister Thomas Eiskirch übermittelte ein Grußwort: „Ich bin der VVN für 70 Jahre engagierten Wirkens für die Opfer des menschenverachtenden Naziterrors dankbar. Und ebenso danke ich ihr dafür, dass sie sich dem Gedenken derjenigen widmet, die seinerzeit entrechtet, verboten und verfolgt wurden. Denn nur wenn es gemeinsam gelingt, das Vergessen zu verhindern und Versuche zu bekämpfen, erneut faschistische Unmenschlichkeit in diesem Land zu etablieren, haben wir eine Chance, diesen demokratischen Staat vor seinen extremistischen Feinden zu schützen. Es ist

gut zu wissen, dass bei diesem Kampf die VVN - BdA eine starke Partnerin ist.“

Die Bundestagsabgeordnete der Linken, Sevim Dagdelen, schrieb: „Für all die anstehenden Aufgaben, der Gewinnung neuer Kräfte und im weiteren antifaschistischen Engagement, wünsche ich der VVN - BdA Bochum viel Kraft und versichere euch meine solidarische Verbundenheit und die der Linksfraktion im Bundestag.“

Axel Schäfer, Bundestagsabgeordneter der SPD, sagte: „Es wird Zeit, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen und den Parteien entgegenzutreten, die nicht nur eine andere Politik, sondern eine andere Republik wollen.“



Vor 70 Jahren, am 26. September 1946 trafen sich Frauen und Männer, die wegen ihrer politischen, gesellschaftlichen oder religiösen Anschauungen vom Faschismus verfolgt worden sind. Mit der Gründung der VVN Bochum und dem Beitritt zur Landesorganisation, der VVN - NRW, wollten sie das politische und soziale Leben im Sinne des Schwurs von Buchenwald mit gestalten. 1971 öffnete sich die VVN für alle, vor allem für junge Antifaschistinnen und Antifaschisten. Dies wurde auch durch den Namenszusatz „Bund der Antifaschisten“ dokumentiert. Bis heute ist die VVN die größte Vereinigung von Verfolgten des Naziregimes und eine starke antifaschistische Organisation.

Günter Gleising: Erfolge in Erinnerung rufen

„In Erinnerung rufen möchte ich einige Erfolge, die die VVN aufzuweisen hat. Auf Anregung von Mitgliedern der VVN-Bochum wurde beispielsweise seit den 1980er Jahren zahlreiche Gedenktafeln an Orten des Naziterrors angebracht. Ich nenne hier nur die Tafeln an der Hegelschule in Gerthe, dem Zechengebäude Gibraltar in Stiepel und am Eingang des Stadtparks. Auf dem Friedhof Freigrafendamm konnte mit Hilfe der Stadt Bochum die Gedenkstätte für die ermordeten Widerstandskämpfer neu gestaltet werden und das von der VVN gestiftete Denkmal 2008 aufgestellt werden.

Auf dem neugestalteten Gelände „Saure Wiesen“ wurde ein Gedenkort zur Zwangsarbeit beim Bochumer Verein geschaffen, der 2012 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eingeweiht wurde.

Die jahrelange Arbeit von Vertretern mehrerer Ämter der Stadt Bochum, dem Stadtarchiv, der VVN - BdA und

des Künstlers Marcus Kiel wurde so mit Erfolg gekrönt.

Hinweisen möchte ich auch auf die zahlreichen Stadtrundgänge und Stadtrundfahrten, die wir, oft in Kooperation mit der VHS, jedes Jahr durchführen. Und an die Verlegung der Stolpersteine für Karl Springer, Heinrich Schmitz und Karl Rostek. Aktiv hat die VVN den Bau der neuen jüdischen Synagoge unterstützt. Seit vielen Jahren ist die VVN auch Mitglied im Arbeitskreis 9. November, der die jährliche Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der „Reichspogromnacht“ vorbereitet und gestaltet.

Mit zahlreichen Schriften, Veröffentlichungen und unseren „Antifaschistischen Bochumer Blättern“ haben wir geschichtliche Ereignisse dar-

Geschichte

gestellt und sie in die heutige Zeit gestellt. Aktuell ist ein Buch in Arbeit, das unter dem Titel „Verbrechen der Wirtschaft“ den Anteil der Wirtschaft an der Errichtung der Nazidiktatur, der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Ruhrgebiet darstellen wird.

Natürlich kommen wir heute nicht umhin festzustellen, dass sich in der letzten Zeit eine deutliche Rechtsentwicklung in unserem Land vollzogen hat. Dass eine erbärmliche völkische Hetze in bürgerlichen Teilen hoffähig geworden ist. Dass widerwärtige Überfälle und Brandanschläge sich immer mehr häufen. In Gestalt der AfD besteht sogar die Gefahr, dass erstmals 2017 eine rechte und rassistische Partei in den Bundestag einziehen könnte. Mit unserem Land steht auch die VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten vor großen Herausforderungen. Der Einsatz gegen die neue rechte Gefahr und der drastisch gestiegene Rassismus erfordern ebenso eine klare Antwort wie die Aufrüstungs- und Kriegspolitik unseren Kampf für Frieden und Abrüstung erfordert. Die VVN - BdA wird gebraucht!“



Dr. Ulrich Schneider: Eine positive antifaschistischen Vision schaffen

„Wir müssen über alle tagespolitischen Notwendigkeiten, wie sie sich z.B. im Kampf gegen Naziprovokationen, in der aktuellen Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Rassismus und in ideologischen Vorstößen der extremen Rechten ergeben, in unserer Präsentation als VVN unterstreichen, dass wir nicht nur gegen etwas kämpfen, sondern von einer positiven antifaschistischen Vision geleitet werden. Diese Vision ist nicht durch eine parteipolitische Orientierung oder ein bestimmtes Gesellschaftsmodell bestimmt, sondern im Sinne des Schwurs der Überlebenden des KZ Buchenwald eine

Gesellschaft, in der der Nazismus mit seinen sozialen Wurzeln beseitigt ist und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit geschaffen wird.

Die gemeinsame Basis einer solchen antifaschistischen Gesellschaft ist u.a.

- die Erhaltung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten,
- die Ausweitung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe,
- friedliche Konfliktlösungen – insbesondere in zwischenstaatlichen Konflikten, die abgehen von militärischer Dominanz und Durchsetzung imperialer Interessen,
- der Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die keine rassistischen oder sozialen Ausgrenzungen zulässt und soziale Sicherungssysteme entwickelt, die jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dazu gehören das Recht auf Arbeit und Wohnung und die Verwirklichung einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit, das Recht auf Asyl und die Hilfe für Flüchtlinge,
- die Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Kampf, ein angemessenes Gedenken der Opfer und damit die Entwicklung eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Und diese Themen gelten nicht nur im nationalen Maßstab, sondern sind die Basis antifaschistischer Orientie-



Jugend-Klezmer-Ensemble „Freylekhs“



Rezitation von Manfred Böll

rung auch international, selbst wenn sie durch nationale Fragestellungen ergänzt werden. Wichtig ist bei diesen Forderungen nicht die inhaltliche Anerkennung aller gesellschaftlichen Perspektiven, sondern das aktive Handeln für diese Ziele. Und in diesem Sinne erhoffe ich mir ausgehend von dem heutigen Jubiläum von euch auch zukünftig ein solches antifaschistisches Engagement, wie es die Bochumer Kreisvereinigung und ihre Mitglieder in den vergangenen 70 Jahren immer wieder unter Beweis gestellt haben.“



Der Chor „Chorrosion“

Flüchtlingsunterkünfte: 800 Straftaten

Seit Jahresbeginn hat es in Deutschland nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) fast 800 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben.

Bis Mitte Oktober wurden demnach 797 solcher Straftaten registriert. »Rechts motivierte Täter sind für 740 dieser Übergriffe verantwortlich«, teilte das BKA kürzlich mit. Bei 57 Delikten könne ein politischer Beweggrund noch nicht sicher ausgeschlossen werden. Demnach gab es bis zum Stichtag am 17. Oktober 320 Sachbeschädigungen, 180 Propagandadelikte. Zudem wurden unter anderem 137 Straftaten gezählt, bei denen die Angreifer Gewalt anwendeten. Laut BKA gab es bis Mitte Oktober zudem 61 Brandstiftungen und zehn Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz.

(JW)

Neonazis: Elf versuchte Tötungen

Neonazis waren in diesem Jahr für mehr versuchte Morde und Totschlagsdelikte verantwortlich als in den Jahren davor. Bis Anfang Oktober registrierte die Polizei bundesweit elf versuchte Tötungsdelikte von rechtsextremen Tätern. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor.

Viermal ist 2016 eine Tat als versuchter Mord, weitere siebenmal als versuchter Totschlag gewertet worden. Im gesamten vergangenen Jahr sind nur sieben solcher Delikte registriert worden, 2014 einer. Die Übergriffe in diesem Jahr ereigneten sich in Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, und Sachsen-Anhalt. Mehrere Tötungsversuche richteten sich gegen Flüchtlinge und andere Migranten. In einem Fall kam das Opfer ebenfalls aus der rechten Szene.

(JW)

Reichsbürger und andere 400 bewaffnete Rechtsextremisten

Bei einer Razzia in Franken hat ein Anhänger der rechtsextremen „Reichsbürger“ auf Polizisten geschossen. Dabei sind nach offiziellen Angaben vier Beamte verletzt worden, von denen einer wenig später starb. Der 49 Jahre alte „Reichsbürger“ wurde demnach leicht verletzt und festgenommen.

Laut Polizei hatte das Landratsamt Roth eine Durchsuchung bei dem Mann in Georgensgmünd angeordnet, um Waffen, die er legal besaß, wegen Unzuverlässigkeit des 49-Jährigen sicherzustellen. Spezialkräfte der Polizei hätten den Einsatz begleitet. Der Mann habe aber sofort das Feuer auf die Beamten eröffnet. Bereits Ende August hatte ein „Reichsbürger“ bei einer Zwangsräumung in Sachsen-Anhalt um sich geschossen und zwei Polizisten verletzt.

„Reichsbürger“ erkennen die Bundesrepublik nicht an und gehen davon aus, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 noch existiert. Vor diesem Hintergrund sprechen sie dem Grundgesetz, Behörden und Gerichten die Legitimität ab und akzeptieren amtliche Bescheide nicht. Viele Reichsbürger sind in der rechtsextremen Szene aktiv. Von den Behörden und der Justiz wurden die Reichsbürger verharmlost und bisher in keinem Verfassungsschutzbericht erwähnt. Als 2015 die beabsichtigte Teilnahme des Sängers Xavier Naidoo am Eurovision Song

Contest wegen dessen Unterstützung der Reichsbürger abgesagt wurde, gab es eine Welle von Kritik aus einem Teil der Künstlerszene. Befreundete Prominente wie Til Schweiger verteidigten Xavier Naidoo gegen die ihrer Meinung nach ungegerechtfertigte Kritik.

Die Vorfälle spiegeln auch einen allgemeinen Trend zur Aufrüstung bei Rechtsextremisten wieder, bei denen die Polizei im Jahr 2015 fast 2.000 Waffen fanden. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Jahr davor. Von Behördenseite werden selbst Funde von Kriegswaffen bei Neonazis gerne mit einer »Waffenaffinität« verharmlost. Eine Zusammenstellung der Bundesländer für das Jahr 2014 ergab, dass rund 400 Rechtsextremisten ganz legal Waffen führen dürfen. Zwar kann der Waffenschein im Falle rechtsextremer Bestrebungen aberkannt werden. Doch laut einer Umfrage des SWR wurden tatsächlich nur in Einzelfällen Waffenscheine von als »unzuverlässig« eingestuften Rechtsextremen eingezogen.

(JW/sing)



Empörende Schändung der Gedenkstätte „Saure Wiesen“. Die Schmierereien wurden inzwischen von der Stadt beseitigt.

Weitere Infos zum
Thema:
www.vvn-bda-bochum.de

Alternative für Deutschland

Der parlamentarischer Arm von Pegida und Konsorten

Mit Stimmungsmache gegen die Geflüchteten in Deutschland, gegen die Medien und einer rückwärtsgewandten Politik versucht die Alternative für Deutschland (AfD) bei den Bürger*innen zu punkten – und bei einem Teil von ihnen gelingt dies auch.

Allerdings sollte man sich die Zeit nehmen, sich intensiver mit den Meinungen der Partei und ihrer (führenden) Mitglieder zu beschäftigen. Zu finden sind dort rassistische und faschistoide Aussagen. Werden solche Äußerungen in der Öffentlichkeit bekannt heißt es immer wieder: „Das war ja gar nicht so gemeint“ oder ähnlich.

Wohin die Richtung geht, zeigt auch das parteiinterne Schiedsgericht, welches auch bei Parteiausschlussverfahren entscheidet. Von den 5 Richtern in diesem Gremium wurden 4 durch den rechten Parteiflügel selbst durchgesetzt.

Gegen parteiinterne Aussagen wie: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützungsfeld, nicht so sehr durch unserer Inhalte“ (Dubravko Mandic, Mitglied des Bundesvorstandes) wird daher nicht wirklich aktiv vorgegangen.

Obwohl die AfD immer wieder erklärt, dass sie nichts mit PEGIDA und deren Ablegern zu tun hat, gratuliert Björn Höcke, immerhin Sprecher der AfD in Thüringen und Fraktionsvorsitzender in dortigen Landtag, auf seiner Facebook-Seite gerade dieser Gruppierung zum 2. Geburtstag: „Herzlichen Glückwunsch und alles Gute zum zweiten Geburtstag an unsere Freunde von PEGIDA in Dresden! Die Klammer, die uns verbindet, ist unser Patriotismus, unser gemeinsamer gerechter Kampf gegen eine Multikulturalisierung, gegen eine Islamisierung Deutschlands und Europas. Stehen wir Patrioten zusammen für eine gute Zukunft unseres geliebten Vaterlandes.“

Auf der Web-Seite „wir-sind-afd.de“ eines Bloggers aus Berlin werden viele Aussagen von AfD Politiker*innen mit den entsprechenden Quellenangaben dokumentiert.

Einige Schlagworte, mit denen die AfD bei den Wähler*innen zu punkten versucht:

Ablehnung des „Modernen“, wozu bei der AfD u.a. die Gleichberechtigung der Frauen, der Homosexuellen und alternative Familienmodelle gehören.

Es wird gefordert, dass in der deutschen Kultur nur Themen und Thesen behandelt werden, die einen „positiven Bezug zur eigenen Heimat fördern.“

Wer den „Werten der AfD“ nicht zustimmt, dem wird Verrat am deutschen Volk vorgeworfen.

Es wird gegen eine „zügellose Masseneinwanderung“ geredet, die unseren bescheidenen Wohlstand und inneren Frieden gefährdet.

Die AfD redet von Patriotismus und Heimatverbundenheit sowie von regionaler und nationaler Identität. Umschreibungen wie man sie auch im Faschismus findet.

(Diese Punkte sind der Internetseite: „afdmaskiert.wordpress.com“ entnommen.)

Es gibt eine Vielzahl von Internetseiten, die sich mit der AfD und deren Thesen, Aussagen und Aktivitäten kritisch auseinandersetzen. Ich werde einige davon auf der homepage der VVN - BdA Bochum zur weiteren Information einstellen.

Auf unserer homepage werde ich bald einen Artikel veröffentlichen, in dem ich mich mit dem Programm der AfD auseinandersetze und darstelle, warum das Programm keineswegs für Menschen, die in prekären Situationen leben, gedacht ist, wie ja immer wieder behauptet wird, sondern überwiegend positive Auswirkungen für die gehobene Mittelschicht und Schichten darüber haben wird.

Michael Niggemann

Weitere Infos zum Thema:
www.vvn-bda-bochum.de

Erklärung der FIR zur Lage in der Türkei:

„Solidarität mit den demokratischen Kräften

Schon seit Monaten verfolgen die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten und ihre Mitgliedsverbände die politische Entwicklung in der Türkei mit großer Sorge.

Es war bereits erkennbar, dass die Regierungen unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan einerseits eine zunehmend expansionistische Politik mit Unterstützung der IS-Truppen in Syrien betrieb, andererseits innenpolitisch eine Einschränkung der demokratischen Freiheiten, insbesondere der Pressefreiheit. Trotzdem wurde Erdogan seitens der EU-Administration im Frühjahr 2016 als Helfer in der Flüchtlingsfrage auserkoren, der – mit 3 Mrd. Euro honoriert – das Problem des Flüchtlingsstroms nach Europa lösen sollte.

Mit dem Militärputsch in der Türkei Mitte Juli 2016 wurde diese Entwicklung nicht gestoppt, sondern in verschärfter Form weiterentwickelt. (...) Jeden Tag erleben wir weitere Einschränkungen der demokratischen Freiheiten. Akademikern wird die freie Ausreise untersagt, tausende Reisepässe werden annulliert, weit über 50.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben bereits ihre Arbeitsplätze verloren. Über 50 Zeitungen und andere Medien verloren ihre Zulassungen, so dass die öffentliche Meinung nur noch von den Regierungsmedien beherrscht wird. Außerdem geht die polizeiliche und militärische Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei in unverminderter Härte weiter.

Aus diesen Gründen rufen wir auf zur politischen Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei, den Gewerkschaften, den verfolgten politischen Parteien, den demokratischen Medien und den Organisationen der Zivilgesellschaft. Ihre Handlungsfreiheit muss wieder hergestellt werden. Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Türkei, die

Fortsetzung auf Seite 12

Von Bochum nach Spanien:

Vor 80. Jahren: „No Pasaran!“ – Internationaler antifaschistischer Kampf in Spanien

In der Mitte der 30er Jahre war Spanien immer mehr in den Mittelpunkt des internationalen Interesses gerückt. Spanien verwandelte sich zum ersten Kriegsschauplatz des von Hitler angeführten internationalen Faschismus. Putschende Generäle hatten im Juli 1936 von Marokko aus eine Junta mit General Franco¹ an der Spitze gebildet. Diese stützte sich auf Teile des Militärs, zahlreiche Großgrundbesitzer und Industrielle.

Die Franco-Junta versuchte, die demokratische aus Sozialisten, Republikanern und Kommunisten gebildete Regierung, die mit großer Mehrheit aus Wahlen als Sieger hervorgegangen war, zu stürzen, um eine faschistische Diktatur zu errichten. Die Ereignisse mobilisierten große Teile der Volksmassen. Bewaffnete Arbeitermilizen verteidigten die Städte, nach kurzer Zeit wäre der Putsch zurückgeschlagen worden.

Doch Hitler und Mussolini erkannten die Franco-Junta im Gegensatz zu fast allen anderen Staaten an, unterstützten sie politisch und militärisch und wollten so den Faschisten in Spanien zum Durchbruch verhelfen. Hitler nutzte diesen Bürgerkrieg, um Waffen, Soldaten und Ausrüstungen für den geplanten „Revanchekrieg“ zu testen.

Am 22. Oktober bildeten sich die Internationalen Brigaden aus tausenden von Freiwilligen, die aus aller Welt zur Unterstützung des spanischen Volkes im Kampf gegen den Faschismus kamen. Drei Jahre kämpfte die spanische Volksarmee gemeinsam mit den internationalen



Picassos Bild Guernica

Freiwilligen gegen den Faschismus. Auf den Fahnen der internationalen Brigaden stand: „No Pasaran!“² Die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt wussten: Nur in Spanien hätte der Vormarsch des Faschismus noch gestoppt werden können. Der Bürgerkrieg in Spanien wurde von Seiten der Franco-Junta mit äußerster Härte geführt. Die faschistischen Regierungen Deutschlands und Italiens nutzten ihn für die Vorbereitung ihrer späteren Angriffskriege. Zu erwähnen ist hier vor allem der Einsatz der Legion Condor und die

Bombardierung der baskischen Stadt Guernica, die den Maler und Sozialisten Picasso zur Schaffung seines berühmten Bildes veranlasste (oben), das lange in New York bei der UNO ausgestellt war und nach Beendigung der Franco-Herrschaft an Spanien übergeben wurde.

Der Kampf wurde schließlich ungleich. Mangelhafte internationale Unterstützung für die Republikaner, die schlechte militä-

rische Bewaffnung, auch interne Richtungskämpfe und die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung trugen dazu bei. Madrid konnte nicht mehr gehalten werden. Als schließlich am 28. März 1939 die Stadt von den Franco-Truppen besetzt wurde, war der Krieg beendet. Spanien wurde eine klerikale faschistische Militärdiktatur. Der „kalte General“, wie ihn der britische Historiker Thomas nannte, regierte vier Jahrzehnte einen Militärstaat, der mit Teilen seines Volkes im Kriegszustand lebte.

Die Freiwilligen wurden, soweit sie nicht irgendwie fliehen konnten, meist in Frankreich interniert, wohin die meisten zusammen mit rund 500.000 Spaniern geflüchtet waren. Dort, zum Beispiel in Le Vernet und Gurs, entstanden jetzt zahlreiche Internierungslager. Später sind viele Deutsche auf Betreiben der Nazis ausgewiesen worden und landeten meist in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Andere, denen die Flucht gelang, kämpften weiter auf Seiten der Anti-Hitler-Koalition in verschiedenen Armeen oder Widerstandsbewegungen.

Zahlreiche Schriftsteller, Künstler, Politiker haben in Spanien auf Seiten der Interbrigaden gekämpft. Zu ihnen gehörten Willy Brandt, Arthur London, George Orwell, Roman Rolland, Erich Weinert. Ernest Hemingway machte die Ereignisse in Spanien mit seinem Roman „Wem die Stunde schlägt“ bis heute weltbekannt. Unter



Otto Schliwinski aus Wattenscheid (2. von rechts) mit weiteren Angehörigen der X. Brigade Móvil de Choque, der XI. Internationale Brigade 1937 in Spanien

Geschichte

den Kämpfer*innen waren auch 4.000 deutsche Frauen und Männer mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Überzeugungen, von denen Hunderte bei den Kämpfen ihr Leben gaben. Die Antifaschist*innen auf der Seite der spanischen Republik vertraten das andere Deutschland, die Menschen, die Hitler Widerstand leisteten und den Krieg verhindern wollten.³

Auf Seiten der Internationalen Brigaden kämpften auch Antifaschisten aus Bochum und Wattenscheid wie zum Beispiel:

Wilhelm Ohr (1905 – unbekannt), der KPD-Funktionär entging Anfang 1933 knapp der Nazi-Folter in der SA-Kaserne Niederwestermann in Langendreer und konnte über Minden nach Holland und Frankreich flüchten. Am 23. Juli 1936 trat er in die republikanische Volksarmee und nahm am antifaschistischen Kampf in Spanien teil. In Frankreich schloss sich Ohr der französischen Widerstandsbewegung an, erlebte 1944 die Befreiung von Paris und kehrte Ende 1946 nach Bochum-Werne zurück.

Otto Schliwinski (1904 – 1981), Bergmann auf der Zeche „Centrum“ in Wattenscheid, seit 1930 Mitglied der KPD, wurde 1933 von der SA verfolgt und floh über das Saargebiet nach Frankreich. Im Herbst trat



Die Gruppe Schliwinski. Otto Schliwinski, Wattenscheid, 3ter von links in Spanien

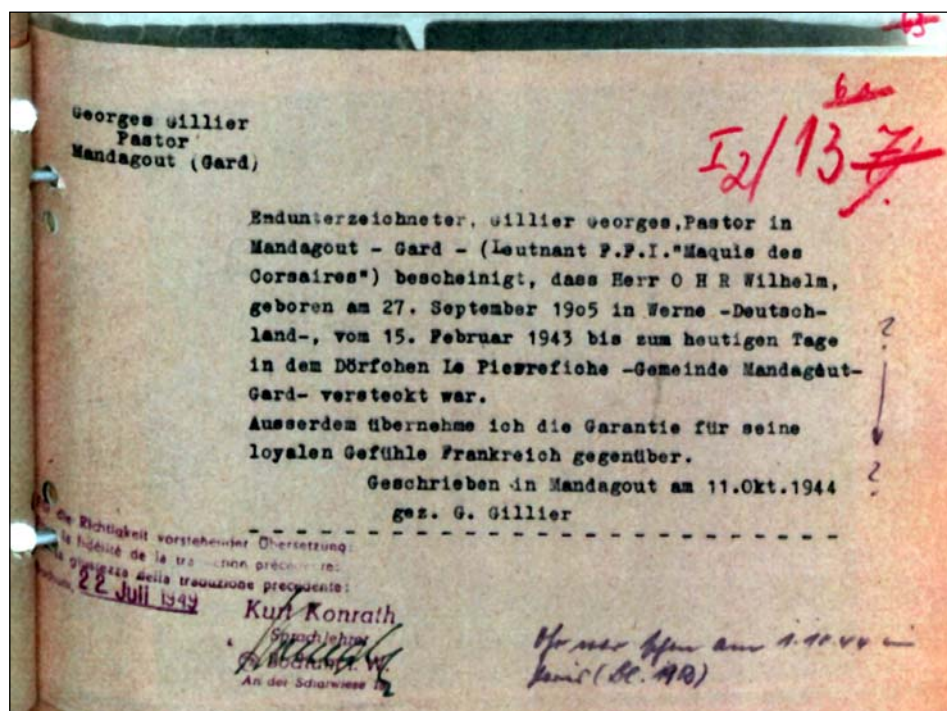
er in die Internationalen Brigaden ein, war an der Verteidigung von Madrid und der Schlacht bei Guadalajara beteiligt. Konnte Ende 1939 in die Sowjetunion emigrieren und kehrte 1946 nach Deutschland zurück, wo er in der DDR lebte.

Giesbert Mietze (1909 – unbekannt), Mitglied der SPD-Schutzorganisation Reichsbanner, konnte im Mai 1933 nach Holland fliehen. Ging mit einer Gruppe holländischer Genossen nach Frankreich und trat am 1. Januar 1937 in das „Ernst-Thälmann-Bataillon“ der Internationalen Brigaden ein. Wurde Kompanieführer einer Aufklärungseinheit. 1939 in Gurs interniert, 1941

ausgeliefert, in der Dortmunder Steinwache inhaftiert und ins KZ Sachsenhausen überführt. 1945 in Bochum für die KPD tätig. Zog nach Herne und führte über viele Jahre die Gaststätte „Haus Mietze“ in der Rottstraße in Herne-Baukau.

Hans Weyers (1902 – unbekannt), 1933 von den Nazis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt und bis 1934 im KZ Sonnenberg inhaftiert. Er konnte über das Saarland nach Frankreich fliehen und sich 1936 den Internationalen Brigaden anschließen. 1939 in Frankreich im Lager Le Vernet interniert und anschließend in ein Konzentrationslager überstellt. Weyers war 1945 der erste Kreissekretär der KPD-Bochum.

Robert Schreiber (1907 – 1979), in Bochum-Werne geboren, arbeitete nach der Volksschule als Maurer und wurde in den 20er Jahren Mitglied des KJVD und von „Rot-Sport-Langendreer“. Nazis war er deshalb verhasst. Zusammen mit seinen Freunden und Genossen Bruno Preus und Willi Grafenhain emigrierte er im März 1933 ins Saargebiet und schlug sich über Frankreich nach Spanien durch. Zuletzt im Rang eines Hauptmanns, wurde er dreimal verletzt. Im Oktober 1938 mit einem Verwundetentransport nach Frankreich geschickt, war er nun auf Seiten der französischen Antifaschisten aktiv und hielt u.a. Vorträge über den Kampf in Spanien. Von den französischen Behörden interniert wurde er am 21. Oktober 1941 von der Gestapo in Handfesseln zur Stein-



Bescheinigung von Wilhelm Ohr aus Frankreich

Geschichte



Robert Schreiber im April 1937 als Interbrigadist

wache nach Dortmund gebracht. Zur lebenslänglichen Haft verurteilt, wurde Robert Schreiber in das KZ Sachsenhausen überstellt. Im April 1945 gelang ihm während des sogenannten Todesmarsches bei Schwerin die Flucht und konnte nach Werne zurückkehren. Er war als Kohlenhändler in Werne tätig und weiterhin in der kommunistischen Bewegung aktiv.

Erlebnisse von Emil Sander: Wie Willi Grafenhain starb

„Wir suchten den Weg zum republikanischen Spanien und fanden ihn: Über Paris, über die Pyrenäen, nach Barcelona und von da aus nach Albacete. An jedem Bahnhof standen die Bauern, die Bäuerinnen mit Körben voll Obst, Flaschen mit Wein, Brot und riefen: ‘Wir sehen, ihr wollt uns helfen, daß diese unsere Früchte unser Eigentum werden.’⁴ Am Nachmittag des 27. Novembers (1937) war es verhältnismäßig ruhig. Trotzdem hörte man vereinzelt immer wieder Schüsse. Die Franco-Soldaten



Emil Sander



Willi Grafenhain

hatten gute Scharfschützen. So wurde Willi Grafenhain, der Schütze unseres schweren Maschinengewehres, tödlich getroffen. Als ich zum Maschinengewehr kam, ich war erst eine Viertelstunde vorher dort gewesen, lag er dort, durch einem Herzschoß getroffen. Wir kamen aus einer Bergarbeiter-siedlung in Langendreer, hatten im Kampfbund gegen den Faschismus und in der Parteigruppe (KPD) jahrelang zusammen gearbeitet und in unserer Siedlung den Nazis jedes Eindringen verwehrt. Nun lag er vor uns. Ich war traurig, dachte an seine Familie, die er nun nie mehr wiedersehen würde, an den Menschen, den Kameraden, den wir verloren hatten.”

Bochumer und Wattenscheider bei den Internationalen Brigaden:

Bochum

Ertel, Werne; gefallen

Gändke, Johann; Werne Grafenhain, Willi; Werne; gefallen

Gronski, Emil; Werne; gefallen

Hübner, Nikolaus

Lehmann, Werner; Bochum; Gestapohaft in Berlin, getötet

Mietze, Gisbert; Bochum

Ohr, Wilhelm; Werne

Pawlowski, Paul; Langendreer; gefallen

Preus, Bruno; Werne; gefallen

Sander, Emil; Langendreer

Schade, Heinrich; Hordel; gefallen

Schreiber, Robert

Schulte, Paul; Bochum

Stangl, Johann; Werne; auf der Flucht umgekommen

Sommerfeld, Hans; Bochum

Stern, Walter; Bochum; gefallen

Strübe, Somborn; gefallen

Szesny, Heinrich; Bochum

Weber, Otto; Werne; gefallen

Weyers, Hans; Bochum

Zindel; Werne; gefallen

Wattenscheid

Hoffmann, Richard; als Partisan erschossen

Kays, Ernst

Repping, Heinrich; gefallen

Salenga; gefallen

Schliwinski, Otto
Sutor, Karl
Wahl, Robert; gefallen

Aus Tiroler Bauern wurden Interbrigadisten

Einen der wohl unwahrscheinlichsten Kämpfer für die Freiheit beschrieb der „rasende Reporter“ Egon Erwin Kisch. Es war der katholische Bergbauer Max Bair, der seine drei Kühe verkaufte, für den Erlös vier Karten nach Paris kaufte, angeblich um die Weltausstellung in Paris zu besuchen. Doch er reiste mit seinen Freunden weiter nach Spanien. Bair war „voller Angst, die würden merken, dass der Tiroler kein Kommunist ist und mich nicht nehmen.”

Doch sie nahmen ihn. Der mutige Tiroler wurde später sogar Bataillonskommandeur und verteidigte mit anderen österreichischen Freiwilligen in den Guadarrama-Bergen die spanische Republik.

Günter Gleising

Gedenken

Am Sonntag, 27. November, dem Todestag des Spanienkämpfers Arthur Grafenhain, gedenkt die VVN-BdA den gefallenen Spanienkämpfern mit Kranzniederlegung am Werner Denkmal. Treffpunkt 11.00 Uhr Friedhof Bochum-Werne, Eingang Im Kerkdahl.

- 1 Francisco Franco (1892 - 1975), General und Diktator, war von 1939 bis zu seinem Tod Staatschef von Spanien. „El Caudillo“, der Führer, verband seine traditionell konservativen und religiösen Grundlagen mit faschistischen Prinzipien. Seine frankquistische Partei „Movimiento Nacional“, die Falange, wurde zur Staatspartei. Demokratische und regionalistische Tendenzen wurden gewaltsam unterdrückt.
- 2 No Pasaran: Sie werden nicht durchkommen.
- 3 Im Unterschied zu Deutschland werden in Frankreich, Luxemburg, Belgien und anderen Ländern die republikanischen Kämpfer geachtet und geehrt. In Frankreich sind sie den Resistance-Kämpfern gleichgestellt. Das Königreich Spanien verlieh 1996 allen noch lebenden ausländischen Kämpfern für die spanische Republik die Ehrenstaatsbürgerschaft. In Deutschland ist es an der Zeit, mit der politischen Praxis zu brechen, die jahrzehntlang den Angehörigen der Legion Condor materielle Anerkennung und Würdigung bescherte, aber die deutschen Freiwilligen, die auf der Seite der spanischen Republik kämpften, nicht zu beachten.
- 4 RuhrEcho Archiv: Sander, Emil; Augenzeuge im spanischen Bürgerkrieg, Dortmund 20.04.1974 (unveröffentlichtes Maschinenskript)

Gedenken



Hannelore Erkel, geb. Senff. Tochter des Widerstandskämpfers Hermann Senff. Der Schwager von Karl Springer überlebte die Torturen der Nazis, wurde 1937 vom OLG Hamm zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Gedenken an 25 von der Gestapo ermordete
Widerstandskämpfer

Kranzniederlegung im Bochumer Polizeipräsidium

Mit einer Kranzniederlegung und einer Gedenkveranstaltung erinnerte die VVN - BdA am 21. Oktober im Innenhof des Polizeipräsidiums an die Ermordung der antifaschistischen Widerstandskämpfer Karl Springer (Bochum) und Benno Klier (Essen) durch Beamte der Gestapo vor 80 Jahren im Polizeipräsidium.

Bewegt begrüßte der Bochumer VVN-Vorsitzende Günter Gleising auch einige Familienangehörige von hier Inhaftierten und Gefolterten. In seiner Eröffnungsrede ging Gleising auf die geschichtlichen Hintergründe ein und verlas die bisher bekannten Namen von weiteren 18 Widerstandskämpfern, die von der Bochumer Gestapo in der Zeit von 1933 bis 1945 hier ermordet worden wa-

ren sowie der 5 in der Dortmunder Bittermark erschossenen Widerstandskämpfer.

In der anschließenden mit viel Anerkennung bedachten Rede erinnerte ver.di-Gewerkschaftssekretär Norbert Arndt daran, dass jeder Antifaschistin und jedem Antifaschisten das hohe persönliche Risiko ihres Tuns bewusst war. Arndt: „Und dennoch ließen sie sich und viele andere im Widerstand gegen die Nazi-Barbarei nicht beugen und brechen. Sie setzten ihren Kampf konsequent und entschlossen fort.“ Er schlug aber auch den Bogen zur Gegenwart mahnte, dass „der Rechtsextremismus mit der AfD inzwischen über einen politischen Arm verfügt, der bei Wahlen zweistellige Ergebnisse erzielt.“ Protest und Widerstand leben nicht von stiller Zustimmung und Abwarten, sondern von aktiver Beteiligung!

Am Ende der Gedenkveranstaltung wurde die Polizei in Bochum aufgefordert, „sich endlich der Vergangenheit zu stellen und die Vorgänge und Verbrechen, die hier begangen worden sind, aufzuarbeiten.“



Die Gedenkveranstaltung

Bochum-Werne

Zwei neue Stolpersteine

Die Bochumer VVN - BdA stiftet zwei Stolpersteine, die am 30. Januar 2017 verlegt werden. Damit soll an zwei Antifaschisten aus Bochum-Werne erinnert werden.

Auf der Von Waldthausenstraße wohnte Michael Jendrzejewski, am 7. August 1870 in Streino, Provinz Preußen (heute Strzelno/Polen) geboren. Er arbeitete auf der Zeche Robert Müser als Maschinist und wurde von den Nazis verhaftet und ins KZ Sachsenhausen deportiert. Dort am 9. März 1940 umgebracht.

Auf dem Werner Hellweg wohnte Johann Stangl, geb. am 15. Februar 1885 in Eulenburg (Westerwald). Er kam ins Ruhrgebiet und war als Bauarbeiter tätig. Am 12. März 1933 wurde er zum Stadtverordneten der KPD gewählt.

Aufgrund der Verfolgungen der Nazis ins Ausland geflohen, beteiligte er sich am antifaschistischen

Kampf in Spanien. 1939 floh er in die CSR. 1941 für tot erklärt.

Beide Namen befinden sich auf den Gedenksteinen des antifaschistischen Denkmals auf dem Kommunalfriedhof in Werne.

Lieschen Müller und Willi Bürger immer enthemmter

Es ist nichts Neues und in der ABB und anderen Veröffentlichungen der VVN - BdA nachzulesen, dass der deutsche Faschismus nicht am Rande der Gesellschaft entstand, sondern mitten in der Gesellschaft seine Massenbasis hat. Selbstverständlich gilt das auch für den neuen Faschismus oder für faschistoide und äußerst rechte Gefühls-, Denk- und Handlungsweisen.

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus fordert für Politiker*innen, Medien und die Stammtische immer Sündenböcke. Das konnten die Juden oder die Kommunisten, Gewerkschaftler und Sozialdemokraten sein, das können „die Ausländer“ oder „die Flüchtlinge“ sein. Unbeachtet bleibt: Deutschland ist in hohem Maße mitverantwortlich für Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen müssen: Es sind „unsere“ wirtschaftlichen und militärischen Kriege, die seit langem Menschen zur Flucht zwingen.

„Flüchtlinge sind gefährlich“

Wenn die Polizei hilft, Gerüchte über „Sexualstraftaten“ besonders in Schwimmbädern, natürlich verübt durch Flüchtlinge, zu verbreiten (vgl. WAZ vom 5.7.2016), kochen die Stammtische erst recht über. -zig Aussagen von hochrangigen Politiker*innen und auch die „Qualitätsmedien“ warnen ununterbrochen vor Plünderung des Sozialsystems und der Oma beim Einkauf durch „Flüchtlinge“. Wieso soll „man“ sich da wundern, dass mehr als die Hälfte der Biodeutschen das auch glaubt? Und dass dann ca. 1/3 der eingeborenen Deutschen auch glaubt, dass der Schusswaffengebrauch an den Grenzen bei illegal einreisenden Flüchtlingen in Ordnung ist!

„Man muss doch mal ein Zeichen setzen“

Wo beginnt eigentlich Terror? Wenn beim Erscheinen dieser ABB ungefähr 130 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte mit bis dahin ca. 220 Verletzten, ungezählten, also seelisch Verletzten, zu verzeichnen sind, ist das nur die Spitze des Eisbergs. Immer wieder warnen Dutzende von Talkshowrunden, oft mit Scharfmachern der AfD besetzt, vor Zuwanderer*innen. „Weil es rechts von uns nichts geben darf“, werden die AfD-Aussagen oft getoppt durch Regierungspolitiker*innen. Verbaler Terror ist auch Terror. Brandsätze führen zu Brandsätzen.

CSU: Schlimm

»Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese. Der ist drei Jahre hier – als Wirtschaftsflüchtling. Den kriegen wir nie wieder los.«

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer während einer Diskussionsrunde im Fernsehen.

jW 21.09.2016

„Ich habe das doch selbst gehört“

Vorurteile verschaffen Vorurteile. Die individuelle Selbstaufwertung des Menschen mit Vorurteilen verstärkt sich. Das positive Selbstbild wird desto leuchtender, je dunkler und verkommener die „Fremden“ sind. Diese gerade auch durch Gerüchte geschürte Angst vor dem „Fremden“ führt allmählich bei zu vielen zu einem tief sitzenden Hass auf Migrant*innen und kann immer häufiger zu psychischen und physischen Gewalttaten gegen Migrant*innen und deren Unterstützer*innen motivieren. Das ist ja dann nur „Notwehr“! Die Täter*innen sind Lieschen Müller, Willi Bürger und ihre Nachbarn; die meisten sind noch nie als irgendwie rechtslastig aufgefallen. Es ist die gesellschaftliche Mitte, die da in Krisenzeiten „enthemmter“ agiert. Das SPD-Mitglied Sarrazin hat nicht umsonst seinen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ ca. 2 Millionen mal für 22 Euro verkauft. Die Käufer waren nicht die Abgehängten der Gesellschaft!

Die Antifaschist*innen sind Unruhestifter

Neuerdings leitet die Polizei auch in Bochum massenhaft Ermittlungsverfahren gegen Antifaschist*innen ein, die an Demonstrationen gegen NPD oder DasKuT teilnehmen.

In neueren Untersuchungen wird das faschistoide und faschistische Milieu mit mindestens 1/3 der biodeutschen Bevölkerung angegeben. Erschreckend zu wissen, dass jede(r) Dritte meiner Nachbar*innen rein sta-

tistisch gesehen wahrscheinlich auch bei physischer Gewalt gegen Flüchtlinge klammheimlich klatscht. Leider veröffentlicht auch die einzige und letzte Bochumer Tageszeitung Leser*innenbriefe, die ich als Pegidanahe Hetze beurteilen würde. Die Bochumer Polizei hat in ihrer Statistik „politisch rechts motivierte Straftaten“ für 2015 17 Körperverletzungen, 30 „Volksverhetzungen“, 4 Beleidigungen registriert. Unklar bleibt, wie viele Täter*innen beteiligt waren, wie viele Opfer einer Straftat ausgesetzt waren, wie viele Ermittlungsverfahren und Anzeigen es gab und wie viele warum eingestellt worden sind. Zu vermuten ist, dass viele Straftaten von Nazis erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden oder dass etliche Polizist*innen Flüchtlinge auch nicht verstehen wollen oder eine Straftat nicht als „rechts motiviert“ erkennen wollen oder Anzeigende einfach abwimmeln. Monitor am 14.7.2016 zitierte deutsche Strafrechtsprofessoren, die u.a. auf einen strukturellen und institutionellen Rassismus bei Polizei und Behörden hinweisen: Staatlicher Rassismus.

Es gibt nun mal oben und unten, reich und arm, gut und böse

Eine kapitalistische Gesellschaft kann nur durch die massenhafte Akzeptanz der Ideologie der Ungleichheit der Menschen existieren. Ideologien sind herrschaftsstabilisierende Rechtfertigungslegenden und erleichtern das eigene unbefriedigende Leben. Nicht nur die Ärmsten der Armen projizieren ihre Unzufriedenheit unter Anleitung von Eltern, Schule, Medien, Politik auf Menschen, die scheinbar in der gesellschaftlichen Hierarchie unter ihnen stehen und machen diese verantwortlich für ihr eigenes Elend. Dass auch Lieschen Müller und Willi Bürger dann allmählich zum zunächst nur verbalen Brandsatz neigen, lässt sich sozialpsychologisch gut erklären. „Wir haben nix gegen Ausländer, aber...“

Wolfgang Dominik

In der Bonner Republik:

Nazijuristen im Justizministerium

Im Bundesjustizministerium der Nachkriegsjahrzehnte waren mehr als die Hälfte aller Führungskräfte ehemalige NSDAP-Mitarbeiter, jeder fünfte war Mitglied der SA, wie es in dem von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) Anfang Oktober in Berlin Anfang Oktober vorgestellten Abschlussbericht zur Aufarbeitung der Vergangenheit seines Hauses heißt. Die Zahl sei viel höher als erwartet, sagte der Leiter der Historikerkommission, Christoph Safferling.

Die Kontinuität zum Nazistaat – die Bundesrepublik betrachtete sich stets als Rechtsnachfolger des »Dritten Reiches« – blieb gewahrt: Von 170 Juristen, die zwischen 1949 und Anfang der 70er Jahre in Führungspositionen des Bundesjustizministeriums tätig waren, hatten 90 der NSDAP angehört und 34 der SA. Dazu kamen viele, die überdies als Richter bei Sondergerichten gewirkt haben und verantwortlich auch für Todesurteile waren. Hans Globke, der einst für die faschistischen Nürnberger Rassengesetze zuständig war, regierte als harte rechte Hand Adenauers im Bundeskanzleramt. Er war zudem auch im Justizministerium für das Familienrecht verantwortlich.

Die Spitze sei 1957 erreicht worden. Von 170 Juristen, die zwischen 1949 und Anfang der 1970er Jahre in höheren Hierarchieebenen gewesen seien, gehörten 90 der NSDAP an. Die hohe Zahl der Nazimitarbeiter zeigte »die großen Versäumnisse der Vergangenheit«, so der Bericht. Er macht auch deutlich, wozu die personelle Kontinuität führte. Die Strafverfolgung von NS-Tätern sei hintertrie-



Demo 1979 in Bochum gegen die Verjährung der Naziverbrechen

ben, die Diskriminierung einstiger Opfer wie Homosexuelle oder Sinti und Roma fortgesetzt worden, die Verfolgung von Kommunisten und anderen Linken betrieben worden.

Zudem seien Gesetze etwa im Jugendstrafrecht nur »oberflächlich entnazifiziert« worden. Ab 1959 habe die Bundesregierung sogar ein geheimes Kriegsrecht entworfen. Und schließlich sei Völkermördern und Kriegsverbrechern durch das Ministerium geholfen worden, indem es deren Strafverfolgung systematisch verhinderte.

Bei den Neueinstellungen in den 1950er und 60er Jahren seien Erfahrungen in der Nazijustiz offenkun-

dig mehr geschätzt worden als eine konsequente rechtsstaatliche und damit auch antifaschistische Haltung. Es galt die Verheißung Konrad Adenauers: „Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat“. Doch man hatte sauberes Wasser. Nicht unter den Mordgesellen des Nazistaates, sondern in der Emigration. Der eine, Fritz Bauer, den das sozialdemokratische Hessen zurückholte, hat mit dem Frankfurter Prozess dafür gesorgt, dass wir heute wissen, was in Auschwitz geschah. Er überlebte nicht lange – doch die Hintergründe von zahlreichen Intrigen gegen ihn aufzuklären bedarf einer neuen Untersuchungskommission.

(jW)



Politische Unterstützung durch die FDP

Impressum

Herausgeberin: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44795 Bochum. **Druck:** Copypoint Bochum. **Satz:** Guenter.Gleising@ruhrecho.de. **Auflage:** 1.000 Exemplare. **Bankverbindung:** Sparkasse Bochum, IBAN: DE21 4305 0001 0046 3097 46, BIC: WELADED1BOC. **Internet:** www.vvn-bda-bochum.de. **eMail:** info@vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Veranstaltungen, Aktionen und Termine

Veranstaltungen und Aktionen zum

78. Jahrestag der Reichspogromnacht

Auschwitz

Donnerstag, 3.11.2016, 19.³⁰ h
im ver.di-Haus, Universitätsstr. 76

Dr. Susanne Willems referiert über „Wie Auschwitz zu dem wurde, was es war“.

Nordbahnhof

Dienstag, 8.11.2016, 19.³⁰ h im Stadtarchiv

Dr. Hans Hantke und Dr. Hubert Schneider werden über „Die Zukunft des Bochumer Nordbahnhofs mit Gedenkort für die Opfer der Shoa“ referieren.

Stolpersteinrundgang

Mittwoch, 9.11.2016, 15.⁰⁰ h ab Nordbahnhof

Michael Niggemann und Wolfgang Dominik (beide VVN - BdA Bochum) bieten einen Stolpersteinrundgang an, der vom Nordbahnhof zur Gedenkveranstaltung führt. Etliche Stolpersteine liegen auf dem Weg und es wird erläutert, an wen sie erinnern sollen.

Zentrale

Gedenkveranstaltung

Mittwoch, 9.11.2016, 17.⁰⁰ h an der Harmoniestraße/Ecke Dr.-Ruer-Platz

Der Gedenktag widmet sich diesmal der Funktion des Nordbahnhofs Bochums im Faschismus und wird u.a. gestaltet durch Schüler*innen der Hildegardisschule, die über die Deportation von Juden aus „Mischehen“ vom Nordbahnhof aus berichten.

Synagoge

Mittwoch, 9.11.2016 um 18.30 Uhr

Führung durch die Synagoge der Jüdischen Gemeinde.

Weitere Terminankündigungen bitte der Tagespresse, der Homepage des Stadtarchivs sowie bo-alternativ und der VVN - BdA Bochum entnehmen.

Justiz und Gewaltverbrechen im NS

10.11. 2016, 18.⁰⁰ h im Stadtarchiv

Justiz und Gewaltverbrechen im NS und deren verspätete strafrechtliche Aufarbeitung.

Stadtrundgang

Sonntag, 13.11.2016, 14.⁰⁰ bis 16.¹⁵ h ab der Glocke auf dem Rathausplatz

Jüdisches Leben vor, während und nach dem Faschismus in Bochum

Die VHS bietet einmal im VHS-Semester einen Rundgang an, der auch für die gegenwärtige Debatte um Rassismus und Antisemitismus sensibilisieren kann.

Auf dem Stadtrundgang durch die Innenstadt soll an etlichen Plätzen, Gebäuden, Stelen und Stolpersteinen auf Diskriminierung, Verfolgung, Flucht oder Deportation und Ermordung jüdischer Mitbürger*innen aus Bochum hingewiesen werden. Es soll den Fragen nachgegangen werden: Was wussten die Bochumer vom Schicksal ihrer jüdischen Nachbarn? Welche Etappen der antijüdischen Maßnahmen gab es in Bochum? Welche politischen und religiösen Vorurteile machten den antijüdischen Terror möglich? Warum gab es so wenig Widerstand? Sind solche rassistischen Exzesse auch heute denkbar? Am Beispiel einer bekannten Bochumerin, Ottilie Schoenewald, soll exemplarisch auf jüdisches Leben in Bochum hingewiesen werden.

Leitung: Wolfgang Dominik. Die VHS bittet um Anmeldung unter der Tel.-Nr. 910 - 1555. Teilnahmegebühr 5 Euro, erm. 3 Euro.

Diskriminierung von Sinti und Roma

Donnerstag, 17.11.2016, 18.⁰⁰ h im Q1, Halbachstr. 1-3

Fachgespräch mit Nizaquete Bislimi, Vorsitzende des Bundes Roma Verband e.V. und Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Ausländer- und Asylrecht in Essen

„Schicksalsort Gefängnis. Opfer der NS-Justiz in der Krümmede“

Dienstag, 1.12.2016, 18.⁰⁰ h im Stadtarchiv

Führung durch die Ausstellung

anschließend:

„Bochum, ich saß in dir“

Dienstag, 1.12.2016, 19.⁰⁰ h im Stadtarchiv

Zwischen KZ und Emigration in der Bochumer Krümmede. Aus den Lebenserinnerungen des Dortmunder Kommunisten Heinz Junge (1914 – 2004).

Referent: Reinhard Junge (VVN - BdA Bochum), Lehrer und Krimi-Autor.

Weitere Infos zum Thema:
www.vvn-bda-bochum.de

Fortsetzung von Seite 5 Erklärung der FIR zur Lage in der Türkei:

sich gegen einen autoritären, islamistischen Staat im Sinne von Staatspräsident Erdogan wehren.

Wir fordern die Europäische Union auf, gegenüber der türkischen Regierung die Einhaltung europäischer Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit sowie das Recht sich frei zu versammeln, sich friedlich zu äußern oder der eigenen Religion nachzugehen, einzufordern.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei können nicht nur davon abhängig gemacht werden, ob nun die Todesstrafe wieder eingeführt werden soll.

Wir erwarten von der Europäischen Union, dass sie anstelle jenes Deals zu Lasten von Kriegsflüchtlingen gegenüber der türkischen Regierung unter Staatspräsident Erdogan die Wiederherstellung demokratischer Rechte und Freiheiten in der Türkei einfordert.

Berlin, 31.07.2016“